



Aufatmen bei Städten und Gemeinden

Eine der wichtigsten Einnahmequellen bleibt den Kommunen erhalten: die Gewerbesteuer

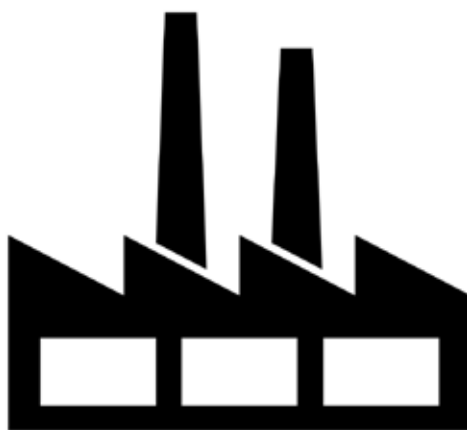
Etwa 15 Monate lang hat die von Union und FDP eingesetzte Gemeindefinanzkommission beraten. In Sachen Gewerbesteuer am Ende ganz ohne Ergebnis - zum Glück! Die schwarz-gelbe Bundesregierung kann somit ihre Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer in den Papierkorb werfen.

Die zahlreichen Leistungen, die Städte und Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringen, kosten Geld, viel Geld. Schulen, Kitas, ÖPNV, kommunal geförderte Freizeitangebote für Jugendliche und Senioren, Wasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung verschlingen große Teile kommunaler Haushalte.

Rund 39 Milliarden Euro Einnahmen bringt die Gewerbesteuer in diesem Jahr den kommunalen Haushalten ein. Die SPD fordert, die Einnahmehasis der Gewerbesteuer zu verbreitern. Auch Freiberufler und Selbstständige wie z.B. Ärzte, Rechtsanwälte und Architekten sollen in Zukunft ihren Teil zur Gewerbesteuer beitragen.

Anders Schwarz-Gelb: Hätten CDU/CSU und FDP ihre Pläne

umgesetzt, hätten die Kommunen mit Steuereinnahmeverlusten umgehen müssen; ein kommunaler Zuschlag auf die Einkommenssteuer hätte vor allem einkommensschwache Kommunen belastet



Ein Zeichen setzen für die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen: Gewerbeansiedlungen sind wichtig für Städte und Gemeinden – auch aufgrund wichtiger Einnahmen durch die Gewerbesteuer. Die SPD meint: Das soll auch in Zukunft so bleiben!

und insgesamt hätten sich die Lasten von der Wirtschaft hin zu den Bürgern verschoben.

Bereits mehrfach in dieser Legislaturperiode haben Union und FDP mit ihrer ungerechten Politik die finanzielle Basis der Städte und Gemeinden geschwächt. Erin-

ert sei an dieser Stelle etwa an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit Steuergeschenken an Hoteliers. Infolge dessen müssen die Kommunen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr verkraften.

Schwer wiegen außerdem die Streichungen bei den Mitteln der Städtebauförderung und hier vor allem die Kürzungen beim für viele Gemeinden so wichtigen Programm „Soziale Stadt“.

Das Scheitern der Gewerbesteuer-Streichungspläne ist ein großer Erfolg für die Kommunen und die SPD, die sich stets für den Erhalt der Gewerbesteuer stark gemacht hat. Ein weiterer großer Erfolg ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Die SPD-geführten Bundesländer haben sich im Vermittlungsverfahren zum Sozialgesetzbuch II Anfang des Jahres dafür eingesetzt. Der Bund wird sich 2012 mit 45 Prozent und 2013 sogar mit 75 Prozent an den Kosten der Grundsicherung im Alter beteiligen. Ab 2014 übernimmt der Bund die Kosten vollständig. Die SPD hat somit wichtige Forderungen für starke und leistungsfähige Kommunen umsetzen können.

2 | Die Bundespolitik

Bestandsgarantie für WSA Trier gefordert

Manfred Nink kritisiert Bundesverkehrsminister Ramsauer

Der Trierer Bundestagsabgeordnete Manfred Nink kritisiert Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) für den Zeitpunkt seiner Äußerungen über eine Bestandsgarantie für das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) in Saarbrücken. Im Rahmen der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sollten parteipolitische Erwägungen nicht für die Zukunft einzelner Ämter und Standorte entscheidend sein. „Ich fordere transparente Entscheidungen und eine Bestandsgarantie für das WSA in Trier“, sagte Manfred Nink.

Dem Online-Nachrichtenangebot des Saarländischen Rundfunks

hen Zeitpunkt eine Entscheidung über ein einzelnes WSA gefallen ist und direkt verkündet wird“, sagte Nink. Bei ihm erzeuge der Sachverhalt den Verdacht von einem „Geschenk unter Parteifreunden“.

Manfred Nink sagte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WSA in Trier jetzt ebenso ein Recht darauf hätten, zu erfahren, wie es um ihr Amt und ihre Arbeitsplätze bestellt sei. Die Meldung über eine Bestandsgarantie für das WSA in Saarbrücken hatte verständlicherweise zu Unruhe unter den Beschäftigten in Trier geführt. Dort gehe man bisher aufgrund von früheren Äußerungen von der Ab-

Hintergrund

Schwarz-Gelb will die Struktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes modernisieren. Die SPD sieht diesen Schritt im Rahmen der gesamten schwarz-gelben Verkehrspolitik kritisch, da die Reform scheinbar ein Baustein sein soll, der mehr Verkehr auf die Straße und nicht auf die Schiene oder die Wasserwege bringen wird.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat zu diesem Vorhaben bereits zweimal an den Haushaltsausschuss des Bundestages berichtet. Der zweite Bericht stellt unter anderem eine mögliche Zielstruktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vor. Vorgesehen ist dort der Vorschlag einer Zusammenlegung der Ämter in Trier und Saarbrücken. Klar macht das BMVBS in seinem Bericht jedoch nicht, an welchem Standort das dann zusammengelegte Amt seinen Sitz haben soll.

Das Ministerium weist der Mosel eine Rolle als Wasserstraße im sogenannten Vorrangnetz zu, da über die Mosel eine große Menge an Gütern transportiert wird. Der Erhalt des Amtes an der Mosel sollte eigentlich eine daraus folgende logische Konsequenz sein.

Manfred Nink hat sich mit einem Brief an den Bundesverkehrsminister gewandt und um Informationen und Aufklärung zu diesem Sachverhalt gebeten.



Wohin führt der Weg bei der WSV-Reform?

Foto: PM WSA Trier, 21.02.2011

vom Donnerstag, dem 16. Juni, zu Folge soll Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) eine schriftliche Bestandsgarantie für das Wasser- und Schifffahrtsamt übermittelt haben. Nink zeigte Unverständnis für den Zeitpunkt einer solchen Garantie.

„Die Planungen und Analysen des Ministeriums, die für eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes notwendig sind, dauern noch an. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als merkwürdig, dass bereits zu diesem frü-

sicht des Bundesministeriums aus, im Rahmen der anstehenden Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eines der beiden Ämter – also Trier oder Saarbrücken – zu schließen (siehe auch den „Hintergrund“-Kasten auf dieser Seite).

„Ich frage den Minister, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um bereits heute auch eine Bestandsgarantie für das WSA in Trier zu erhalten. Zu bedenken gebe ich dabei: Anders als Saarbrücken liegt Trier nicht an einem Nebenfluss der Mosel, sondern an der Mosel selbst“, so Nink.

Neu, neuer, SPD

Die älteste Partei Deutschlands sucht neue Wege und Mittel der politischen Arbeit

Mitte Juni haben Andrea Nahles, Barbara Hendricks und Astrid Klug einen Vorschlag für den Erneuerungsprozess der SPD vorgelegt. Ihr findet das Dokument auf der Homepage der SPD (siehe Kasten am Ende des Textes). Schnell wurden Vorschläge zur Öffnung der Partei für Nichtmitglieder und Urwahlen von Kandidaten unter Beteiligung von Nichtmitgliedern in den Medien diskutiert und bisweilen auch zerrissen. Doch das vorliegende Papier hat noch mehr zu bieten und somit auch noch mehr Stoff für Diskussionen.

Nach der Bundestagswahl Niederlage 2009 war auf dem Parteitag in Dresden der Wille zur Veränderung, zur Modernisierung der SPD spürbar. Der Parteivorstand hat im Anschluss daran die Ortsvereine und Unterbezirke gefragt, welche Probleme bei der ganz konkreten Arbeit vor Ort bestehen, und wo auch der Parteivorstand und das Willy-Brandt-Haus besser werden müssen. Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenzen folgten. Die jetzt vorliegenden und von der organisationspolitischen Kommission um Barbara Hendricks und Astrid Klug gesammelten Vorschläge sind Ergebnisse dieser Gespräche und Befragungen. Jetzt soll in der gesamten Partei diskutiert und debattiert werden. Neue Vorschläge sind willkommen. Vorgesehen ist, dass die SPD sich auf dem Parteitag Ende des Jahres ein sogenanntes „organisationspolitisches Grundsatzzprogramm“ gibt.

Im Zentrum der Diskussion, die bisher über die Medien öffentlich wurde, steht vor allem die Frage



Die Vorschläge zu einer Erneuerung der SPD sollen breit an der Basis der Partei, aber auch mit Sympathisantinnen und Sympathisanten der Sozialdemokratie diskutiert werden. So soll eine Debatte angeregt werden, die weit über die Mauern des Willy-Brandt-Hauses hinaus strahlt.

nach den Rechten von Parteimitgliedern im Verhältnis zu den Rechten von Sympathisantinnen und Sympathisanten im Falle der Öffnung der Partei beispielsweise bei der Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen.

Ich glaube, damit ist die Frage nach dem Gewicht der Mitglieder in unserer Partei, die ein zentraler Punkt des vorliegenden Diskussionsanstoßes ist, zu verkürzt dargestellt. Es finden sich im Text der organisationspolitischen Kommission zahlreiche Ansatzpunkte, bei denen es beispielsweise um eine neue

Wertschätzung der Mitgliedschaft, um die stärkere Nutzung der Fähigkeiten und des Wissens der Mitglieder, eine Stärkung der Ortsvereine und eine bessere Sichtbarkeit der Ortsvereinsarbeit in der Öffentlichkeit sowie um Weiterbildungs- und Förderangebote für Mitglieder geht.

Da gibt es noch viel mehr Details zu diskutieren, zu kritisieren, aber vielleicht auch zu loben an den bisherigen Vorschlägen, als bislang in der breiten Öffentlichkeit wahrnehmbar war. Ich möchte Euch deshalb bitten, Euch in Euren Ortsvereinen, in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen intensiv mit den vorliegenden Vorschlägen auseinander zu setzen und eigene Ideen zu formulieren und diese offensiv zu vertreten. Die Diskussion sollte breit geführt werden. Das ist sehr wichtig. Wir müssen den Initiatoren und der gesamten Parteiführung Rückmeldung geben und neue Denkanstöße liefern. Von den Jusos Rheinland-Pfalz und dem Juso-Bundesverband beispielsweise konnte ich bereits Papiere lesen, die es ebenso wert sind, diskutiert zu werden.

Für die Diskussionen in Euren Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen stehe ich Euch selbstverständlich gerne als Diskussionsteilnehmer zur Verfügung.

Manfred Nink

Der Anstoß der Diskussion:

„Die SPD erneuert sich“ von Andrea Nahles, Barbara Hendricks und Astrid Klug:
www.spd.de/linkableblob/13194/data/20110621_spd_erneuert_sich.pdf

4 | Aus Partei und Fraktion

Besser spät als nie...

ab jetzt sinnvoll
„Ich werde es ~~immer~~ für ~~unsinnig~~ halten, technisch sichere Kernkraftwerke abzuschalten. Sie werden sehen: eines Tages werden auch die ~~Christ-~~Sozialdemokraten das einsehen.“
un-
Es dauert halt immer etwas länger.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 2006



Nach kurzer Auszeit wieder an Bord

Liebe Freundinnen und Freunde!

Vor ungefähr sieben Wochen musste ich aus gesundheitlichen Gründen eine kurze Auszeit vom politischen Betrieb in meinem Wahlkreis und in Berlin nehmen. Ein Herzinfarkt hatte diese Pause erzwungen. Jetzt bin ich gesund aus der Reha in Bernkastel-Kues zurück gekehrt und kann mich allen Euren Fragen wieder persönlich annehmen.

In der Zwischenzeit lief der Betrieb in meinen Büros selbstverständlich weiter. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie meine Fraktionskolleginnen und -kollegen haben mich tatkräftig unterstützt und mich – wo es ging – vertreten, so dass beispielsweise Besuchergruppen in Berlin weder auf ihren Besuch noch auf die politische Diskussion

im Bundestag verzichten mussten. Die dringlichsten Dinge konnte ich während meiner Reha persönlich sichten, lesen und entscheiden. Alles andere werde ich jetzt Stück für Stück auf- und abarbeiten.

In Zukunft werde ich vor allem meinen Berliner Alltag ein wenig umgestalten. Unter anderem wird ein Sportprogramm fest in meinen Wochenablauf eingeplant, damit ich weiter fit und vital für Euch in Berlin und im Wahlkreis politisch aktiv sein kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für Eure lieben Genußwünsche und Eure Unterstützung bedanken.

Herzlichst, Euer

Change for Europe

Europa befindet sich in einer Krise. In diesen Zeiten gilt es, Farbe zu bekennen – für Europa und für den Euro als unsere gemeinsame Währung. „Die EU steht vor Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf ihre Zukunft und die der europäischen Wirtschaft haben werden“, heißt es in der Einleitung eines Aufrufs der Initiatoren Sven Giegold und Udo Bullmann.

Bullmann ist sozialdemokratischer Koordinator und Giegold ist Koordinator für die Grünen im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europaparlaments. Unter www.changeforeurope.eu rufen sie zu einem Umdenken und einem Richtungswechsel für Europa auf. Sie und die bislang 2.800 Unterzeichner/innen sind der Meinung, dass die momentan auf europäischer Ebene diskutierten Gesetzesvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung die Situation verschlimmern werden und nicht helfen, zu einer tragfähigen und nachhaltigen Lösung zu kommen. Wir brauchen und wollen ein soziales Europa und deshalb einen Kurswechsel!

Unterzeichnen auf:

www.changeforeurope.eu

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de